Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 26. Juni 2012
Ausgabe 119
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **5**
› Ausstellung zum Ideenwettbewerb Paul-Gerhardt-Allee 5
› Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats 6
› Sommerfest des Wochenmarktes Fürstenried-West 6
› Sommerfest des Historischen Vereins im Stadtarchiv München 7
› Niederländischer Filmabend in der Münchner Stadtbibliothek 7
› Zuschauerkino mit Kurzfilmprogramm im Filmmuseum 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Krankenstand von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt? 9
› Die Beantwortung meiner Anfrage zur möglichen Folge der Neuorganisation in den Jobcentern auf die Wohnungslosigkeit führt zu weiteren Fragen durch die Öffentlichkeit (Abgeordnetenwatch) 14

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **19**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 27. Juni, 18 Uhr,
Referat für Arbeit und Wirtschaft, Foyer, Herzog-Wilhelm-Straße 15
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft, spricht in Anwesenheit der Künstlerin Stefanie Unruh Grußworte bei der Finissage der Ausstellung „Tauschleihe". Besonderheit von „Tauschleihe" war die Einladung der Künstlerin an die Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsreferats, temporär Objekte aus ihren Büros gegen Werke aus der Ausstellung zu tauschen. Die ursprüngliche Wandinstallation wird mit den Ergebnissen der Tauschaktion bei der Finissage präsentiert. Die Installation bleibt anschließend bis zum 15. Juli im Foyer des Referats für Arbeit und Wirtschaft zu sehen.

Donnerstag, 28. Juni, 11.30 Uhr, Stachus/Ecke Neuhauser Straße
Der Abfallwirtschaftsbetrieb testet ein neues Hybridfahrzeug zur Entsorgung der Wertstoffhöfe. Der AWM ist damit die erste Dienststelle der Landeshauptstadt München, die einen Hybrid-Lkw einsetzt. In einer Pressekonferenz stellt Stadtdirektor Axel Markwardt das neue Fahrzeug der Firma Volvo Trucks vor und informiert zusammen mit dem Hersteller über den Test, die Einsparpotenziale und die Vorteile für München.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet, das Fahrzeug ist vor Ort.

Freitag, 29. Juni, 9 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Mit Bronze, Silber und Gold zeichnet Bürgermeister Hep Monatzeder beim Zwischenplenum des „München für Klimschutz-Clubs" lokale Unternehmen aus, die sich besonders aktiv für den Klimaschutz einsetzen. Gemeinsam mit Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, präsentiert er im Vorfeld des Zwischenplenums auf der Pressekonferenz die Projektfortschritte des Anfang 2011 gegründeten Clubs und informiert, um welche ausgezeichneten Unternehmen es sich handelt.

Freitag, 29. Juni, 10 Uhr Rathaus, Zimmer 211 (Eingang über 213)
Bürgermeisterin Christine Strobl wird für die Münchnerinnen und Münchner die „Flamme der Hoffnung" entgegennehmen. Sie setzt so ein gelebtes Zeichen der Solidarität für Eltern und Kinder in lebenskritischen Situationen für die gesamte Landeshauptstadt.
Kranke Kinder brauchen die Unterstützung und Fürsorge ihrer Eltern. Um dem Nachwuchs aber den Rücken stärken zu können, sind oftmals auch

die Eltern auf Hilfe angewiesen. Und beide benötigen vor allem eines: Kraft und Hoffnung! Um Familien mit kranken Kindern kümmert sich in München seit über 27 Jahren das Projekt Omnibus, bietet den Eltern kostenlosen Wohnraum auf Zeit in Kliniknähe und seelischen Beistand, wenn die meist anspruchsvolle Betreuung des kranken Kindes die Kraft übersteigt. Das Projekt Omnibus steht auch hinter einer einzigartigen Aktion: Die „Flamme der Hoffnung" soll deutschlandweit als Zeichen der Solidarität mit den belasteten Familien, aber auch für schwer erkrankte und verstorbene Kinder leuchten. Sie wurde am 19. Mai feierlich vom elfjährigen Jan aus Zapfendorf in Berlin entzündet. Zuletzt brannte sie im Dr. von Haunerschen Kinderspital und in den Räumlichkeiten der Marianne-Strauß-Stiftung.

Freitag, 29. Juni, 11 Uhr,
Bezirkssportanlage an der Thalkirchner Straße 209
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht Grußworte zur Einweihung der modernisierten Bezirkssportanlage mit neuem Sportbetriebsgebäude und Jugendfreizeitheim 2Club. Außerdem sprechen Franz-Josef Balmert, Stadtdirektor im Baureferat, Stefan Fischer, Leiter der Abteilung Kinder, Jugend und Familie im Stadtjugendamt/Sozialreferat, und Tom Rausch, Vorsitzender des Kreisjugendrings München-Stadt.
Die Sportanlage wird von den Vereinen SpVg Thalkirchen Freundschaft e.V., SV Latino München e.V und SV FC BiH München 1993 e.V. genutzt.

Freitag, 29. Juni, 15 Uhr, Landschaftstraße hinterm Rathaus
Oberbürgermeister Christian Ude plakatiert das erste Großflächenplakat für die Aktion „München zeigt Gesicht!". Anwesend sind auch Vertreter der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation (MHMK), die das Motiv entwickelt hat, sowie Vertreter der Ströer Gruppe, die Plakatflächen für 100 Großflächenplakate im Münchner Stadtraum zur Verfügung stellt.
Die Plakataktion ist Teil der Kampagne „Laut gegen Brauntöne". Bis zum 20. Juli sind die Münchnerinnen und Münchner eingeladen, sich an der Aktion zu beteiligen und Gesicht zu zeigen für Toleranz und Respekt. Fotos können dazu über Facebook hochgeladen werden. Am 19. August werden dann abermals 100 Großflächenplakate mit den Bildern der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geklebt.

Freitag, 29. Juni, 19 Uhr, Mathäser-Filmpalast, Kino 6, Bayerstraße
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Eröffnung des „Filmfestes München", das vom 29. Juni bis 7. Juli stattfindet.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 3. Juli, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 3. Juli, 19 Uhr, Kesselhaus, Lilienthalallee 37 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 12 (Schwabing - Freimann), Bezirksteil Freimann. Die Versammlungsleiterin Bürgermeisterin Christine Strobl und der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty.

Dienstag, 3. Juli, 18 Uhr,
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach) mit der Vorsitzenden Marina Achhammer.

Dienstag, 3. Juli, 19 Uhr,
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach).

Dienstag, 3. Juli, 19 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried Ost,
Bürgersaal, Züricher Straße 35 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Hans Bauer statt.

**Dienstag, 3. Juli, 19 Uhr, Bürgerzentrum Rathaus Pasing,
Großer Sitzungssaal, Landsberger Straße 486
(barrierefrei – nach Voranmeldung)**
Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing - Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Christian Müller statt.

**Dienstag, 3. Juli, 19.30 Uhr,
Alten- und Servicezentrum Laim, Kiem-Pauli-Weg 22 (barrierefrei)**
Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Josef Mögele statt.

Meldungen

Ausstellung zum Ideenwettbewerb Paul-Gerhardt-Allee
(26.6.2012) Die Beiträge zum städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb Paul-Gerhardt-Allee werden bis zum 30. Juli in einer öffentlichen Ausstellung im Pasinger Rathaus, Landsberger Straße 486, gezeigt. Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk eröffnete die Ausstellung und zeigte sich angetan vom 1. Preis: „Der erste Preisträger hat mit dem umgebenden Landschaftspark und den großzügigen Blockstrukturen spannungsvolle Räume geschaffen und eine ganz besondere Antwort für diese städtebauliche Lage gefunden."
Auf dem 32 Hektar großen Planungsgebiet sollen 1.800 Wohneinheiten für zirka 4.200 Einwohner entstehen. Ziel der Planung ist es, das derzeitige Gewerbegebiet in ein qualitätsvolles und nachhaltiges Wohngebiet mit zugehöriger Infrastruktur und großzügigen Freiflächen umzuwandeln. Ein Quartierszentrum mit Nahversorgungsmöglichkeiten an der Paul-Gerhardt-Allee wird das neue Wohngebiet mit den bestehenden Wohngebieten verbinden.
Die frühzeitige Bürgerbeteiligung wird noch dieses Jahr stattfinden. Baurecht und damit die Möglichkeit, erste Maßnahmen umzusetzen, soll ab 2014/2015 bestehen.
Das neue Wohngebiet an der Paul-Gerhardt-Allee ist der letzte Teilbereich der Zentralen Bahnflächen, der nun in die Entwicklung geht. Als Grundlage für die Bauleitplanung hatten die Eigentümer in enger Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt München einen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb ausgelobt.

Die Ausstellung ist vom 22. Juni bis 30. Juli zu folgenden Zeiten geöffnet: Montag und Freitag von 7.30 bis 13 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 8 bis 19 Uhr und Mittwoch von 7.30 bis 16 Uhr.

Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats

(26.6.2012) Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München, Burgstraße 4, hält jeweils am Dienstag und Donnerstag von 9.30 bis 12 Uhr seine Sprechstunden ab. Jeden zweiten und vierten Montag im Monat werden außerdem von 9.30 bis 12 Uhr Rentenberatungen durchgeführt. Jeden dritten Montag im Monat findet ab 16.30 Uhr nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 16 25 98 eine zusätzliche Rentenberatung statt.

Jeden ersten Dienstag im Monat findet nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 2 33-2 11 66 eine Rechtsberatung statt.

Die beratenden Seniorenbeirats-Mitglieder im Juli sind:

- Dienstag, 3. Juli, Anwaltserstberatung
- Donnerstag, 5. Juli, Waltraud Hörnchen
- Montag, 9. Juli, Günther Mack (Rentenberatung)
- Dienstag, 10. Juli, Herbert Kracker
- Donnerstag, 12. Juli, Gerhard Krug
- Dienstag, 17. Juli, Dusan Radovic
- Donnerstag, 19. Juli, Edith Dendl
- Montag, 23. Juli, keine Rentenberatung
- Dienstag, 24. Juli, Hildegard Egerer
- Donnerstag, 26. Juli, Sprechstunde
- Dienstag, 31. Juli, Edeltraud Blattner

Im August finden keine Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats statt. Die erste Sprechstunde im September findet am 6. September statt.

Sommerfest des Wochenmarktes Fürstenried-West

(26.6.2012) Am Samstag, 30. Juni, feiert die Händlerschaft zusammen mit allen Bürgerinnen und Bürgern ein Sommerfest des Wochenmarktes Fürstenried-West (Schweizer Platz/Graubündener Straße). Von 7 bis 13 Uhr findet der reguläre Marktbetrieb statt und ab 8 Uhr spielt eine bayerische Musikgruppe. Zu jeder vollen Stunde kann man Preise an einem Glücksrad gewinnen. Die Händler spenden erneut an einen Kindergarten in der Umgebung.

Folgende Waren werden auf dem Wochenmarkt angeboten: Backwaren, Blumen, Eier, Feinkost, Fisch, Fleisch, Gartenbauerzeugnisse, Geflügel-

produkte, Gemüse, Imbiss, Käse, Kleidung, Naturkost, Obst, Pflanzen, Produkte aus Bio-Anbau, Reformwaren, Schnittblumen, Seifen, Südfrüchte, südländische Spezialitäten, Tees, Topfpflanzen und Wurstwaren.

Sommerfest des Historischen Vereins im Stadtarchiv München
(26.6.2012) Am Freitag, 6. Juli, findet von 16 bis 20 Uhr im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68, die Veranstaltung „Ortstermin – Sommerfest des Historischen Vereins von Oberbayern" statt. Auf dem Programm stehen u.a.
- eine Ausstellung über den wertvollen Bestand „Historischer Verein" im Stadtarchiv
- Führungen durch das Magazin des Stadtarchivs
- historische Filme
- ein Bücherflohmarkt

Gäste sind herzlich willkommen, Anmeldung (bis 29. Juni) erbeten unter stadtarchiv@muenchen.de.

Niederländischer Filmabend in der Münchner Stadtbibliothek
(26.6.2012) Die Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig zeigt – in Zusammenarbeit mit dem Niederländischen Generalkonsulat – im Rahmen der Niederländischen Filmreihe am Donnerstag, 28. Juni, um 19 Uhr den Film „Simon" (niederländische Originalfassung mit englischen Untertiteln) im Vortragssaal der Bibliothek. Der Eintritt ist frei.
Mit einem Autounfall beginnt eine ungewöhnliche Freundschaft zwischen dem schüchternen, homosexuellen Studenten Camiel und dem Coffeeshop-Besitzer und Frauenhelden Simon. Nach einem missglückten gemeinsamen Urlaub in Thailand verlieren sich die beiden aus den Augen. Sie treffen sich 14 Jahre später zufällig wieder. Doch nun ist alles anders, denn Simon ist schwer krank.
Das Programm des Filmabends und weiterer Veranstaltungen der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Str. 5, ist auch im Internet abrufbar unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/stadtbibliothek/stadtbib-veranstaltungen.html*. Weitere Informationen auch unter 4 80 98-33 16.

Zuschauerkino mit Kurzfilmprogramm im Filmmuseum
(26.6.2012) Auch in diesem Sommer gibt es ein vielseitiges Kurzfilmprogramm beim „Zuschauerkino", für das am Donnerstag, 28. Juni, um 19 Uhr in der Veranstaltungsreihe „Open Scene" die Leinwand des Filmmuseums im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, freigegeben wird. Insgesamt werden acht Kurzfilme von den Filmemachern im Kino persönlich vorgestellt. Die Gesamtspielzeit beträgt zirka 80 Minuten.

Mit dabei sind wieder Mattias Wright, der zwei experimentelle Remixe der Theaterperformance „Geld“ von Tomma Galonska zeigt und die Dokumentarfilmer Ilke und Toni Ackstaller mit einem Film über das australische Outback und den „Oodnadatta Track“, eine abgelegene Outbackstraße, die durch die trockenste Region Australiens führt.
Beginnen wird der Abend – sehr passend nach dem Bürgerentscheid – mit Klaus Bichlmeiers Dokumentarfilm „Flugplatz München“ über die Geschichte der Münchner Fughäfen, und abschließen mit Einblicken in die 25 Jahre alte Geschichte der „Tanztendenz München“, einer Collage aus Video-Footage von Diether Sommer.
Die Veranstaltung wird vom Münchner Filmzentrum (MFZ), dem Förderverein des Filmmuseums, organisiert und moderiert. Nach der Vorstellung lädt das MFZ zu einem Umtrunk im ersten Obergeschoss des Filmmuseums ein. Teilnehmer erhalten bis zu fünf Freikarten an der Kinokasse.
Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 65 40 möglich.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 26. Juni 2012

Krankenstand von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 4.5.2012

Antwort Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage vom 04.05.2012 zur Beantwortung überlassen.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Auf die Frage, ob der Krankenstand in der Landeshauptstadt München niedriger sei als in vergleichbaren Kommunen, antwortete der Leiter des Referates für Personal und Organisation mit ‚nein'. ‚Es sei auch kein Indiz für eine gute betriebliche Gesundheitspolitik, man müsse nur an den sog. ‚Präsentismus' denken: Menschen gehen zur Arbeit, obwohl sie krank sind, weil sie glauben, sie könnten sich keine Fehlzeiten leisten.'"

Daher wird das Personal- und Organisationsreferat (POR) gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

Frage 1:
Wie hoch ist der Krankenstand in der Stadtverwaltung denn tatsächlich (nach Alter, Geschlecht, Eingruppierung und Führungsverantwortung)?

Antwort:
Die gesamtstädtische krankheitsbedingte Fehlzeitenquote lag für das Jahr 2011 bei 8,1%, dies entspricht einem Ausfall von 16,9 Arbeitstagen je Beschäftigte/Beschäftigter. Nachfolgend erhalten Sie einen Überblick über die stadtweiten krankheitsbedingten Fehlzeiten nach Altersgruppen, Geschlecht und Laufbahngruppe.

Eine differenzierte Auswertung nach Eingruppierung und Führungsverantwortung erfolgt derzeit nicht.

Krankheitsbedingte Fehlzeiten nach Altersgruppen:

Altersgruppen	krankheitsbedingte Fehlzeitenquote		
	2009	2010	2011 [1]
bis 29jährige	6,7%	6,4%	6,2%
30 bis 39jährige	6,9%	7,1%	6,8%
40 bis 49jährige	7,8%	7,8%	7,9%
50 bis 59jährige	10,0%	9,9%	9,6%
60jährige und älter	10,2%	10,6%	9,9%
Gesamt	8,2%	8,2%	8,1%

Krankheitsbedingte Fehlzeiten nach Geschlecht:

Geschlecht	2009		2010		2011 [1]	
	Quote	AT je Besch.	Quote	AT je Besch.	Quote	AT je Besch.
weiblich	8,6%	18,2	8,5%	18,4	8,3%	16,8
männlich	7,6%	17,7	7,7%	18,1	7,7%	17,0
Gesamt	**8,2%**	**18,0**	**8,2%**	**18,3**	**8,1%**	**16,9**

Krankheitsbedingte Fehlzeiten nach Qualifikationsebenen:

Laufbahngruppen	2009		2010		2011 [1][2]	
	Quote	AT je Besch.	Quote	AT je Besch.	Quote	AT je Besch.
1. Qualifikationsebene	11,0%	24,5	10,4%	23,8	12,6%	29,0
2. Qualifikationsebene	8,3%	17,9	8,4%	18,4	8,6%	18,9
3. Qualifikationsebene	5,8%	12,6	5,8%	12,8	6,1%	12,8
4. Qualifikationsebene	4,0%	9,0	4,2%	9,3	4,7%	7,9
Gesamt	**8,2%**	**18,0**	**8,2%**	**18,3**	**8,1%**	**16,9**

[1] Lehrkräfte (ca. 5.000) erstmals enthalten

[2] Mit der Einführung des neuen Dienstrechts in Bayern zum 01.01.2011 wurden die bisherigen Laufbahngruppen durch Qualifikationsebenen ersetzt. Dadurch sind erstmals Arbeiter (ca. 5.000) in der 1. und 2. Qualifikationsebene enthalten.

Darüber hinausgehende Analysen bzw. Auswertungen können dem PeCon Standardbericht 2011 (Intranet-Basisangebot/Personal/PeCon/PeCon-Standardberichte) entnommen werden (S. 149 ff).

Frage 2:
Wir bitten dies für die Jahre 2009 bis 2011 in Mitarbeiter/innentage darzustellen und dabei auffallende Unterschiede zwischen den einzelnen Referaten anzusprechen.

Antwort:
Bei den Krankheitstagen pro Beschäftigter/Beschäftigten handelt es sich um eine rechnerische Größe, die die durchschnittliche krankheitsbedingte Abwesenheit in Arbeitstagen im Betrachtungszeitraum darstellt.

Nachfolgende Tabelle beinhaltet sowohl die krankheitsbedingte Fehlzeitenquote pro Referat und Eigenbetrieb als auch die entsprechenden Arbeitstage pro Beschäftigte/Beschäftigter:

	2009		2010		2011 [1]	
Referate	**Quote**	**AT je Besch.**	**Quote**	**AT je Besch.**	**Quote**	**AT je Besch.**
Baureferat	8,3%	18,7	8,3%	19,0	8,6%	19,7
Direktorium	5,6%	12,4	6,2%	13,7	5,9%	13,1
Kommunalreferat	6,6%	14,8	7,3%	16,5	7,1%	16,1
KVR (ohne Branddirektion)	8,4%	18,3	8,4%	18,4	9,1%	20,4
Kulturreferat	7,1%	15,3	6,3%	13,9	7,5%	16,4
POR	5,5%	11,5	5,9%	12,5	5,7%	12,4
Planungsreferat	6,6%	14,1	6,9%	15,1	6,5%	14,2
RAW	3,7%	7,7	4,5%	9,1	4,1%	8,4
RGU	7,7%	17,0	7,8%	17,3	7,8%	17,4
RBS (ohne Lehrdienst)	8,9%	19,2	8,7%	19,1	7,9%	15,0
Sozialreferat	8,2%	17,3	8,1%	17,2	7,9%	16,6
ARGE/Jobcenter	6,5%	13,6	7,8%	16,2	7,2%	15,6
Stadtkämmerei	5,4%	11,9	5,5%	12,3	5,5%	12,6
AWM	11,9%	27,5	11,7%	27,5	12,5%	29,4
Markthallen München	6,0%	13,1	8,1%	19,7	10,8%	24,2
MSE	8,2%	18,9	8,3%	19,2	8,2%	18,6
Gesamt	**8,2%**	**18,0**	**8,2%**	**18,3**	**8,1%**	**16,9**

[1] Lehrkräfte (ca. 5.000) erstmals enthalten

Den konkreten Ursachen eines erhöhten Krankenstands nachzugehen, ist primär Aufgabe der Referate und Eigenbetriebe. Hierfür ist es allerdings erforderlich, die krankheitsbedingten Fehlzeiten innerhalb der Referate und Eigenbetriebe detailliert (z. B. nach Organisationseinheit) auswerten zu können. Aus diesem Grund wird derzeit innerhalb des Personal- und Organisationsreferats sowie mit dem Gesamtpersonalrat geklärt, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Detailtiefe und zu welchem Zeitpunkt den Referaten und Eigenbetrieben die Möglichkeit gegeben werden kann, ihre krankheitsbedingten Fehlzeiten selbst auszuwerten.

Im übrigen wird im Rahmen von dezentralen Projekten zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement, an denen die Beschäftigten in sog. Gesundheitszirkeln als Experten für Ihren Arbeitsplatz beteiligt werden, den gesundheitlich negativ wirkenden Einflussfaktoren auf den Grund gegangen.

Frage 3:
Wie wird bei der Stadt „Präsentismus" gemessen und wie wird damit umgegangen?

Antwort:
Der Begriff Präsentismus beschreibt einerseits das Verhalten von Beschäftigten, trotz einer Erkrankung (z.B. Grippe) zur Arbeit zu gehen, obwohl sie nach eigenem Ermessen zu Hause bleiben sollten. Andererseits bezieht sich die Definition weitergehend auf Produktivitätsverluste, die sich aus gesundheitlichen Beschwerden bei der Arbeit ergeben. Dies schließt sowohl gesundheitliche Befindlichkeitsstörungen (z.B. Kopfschmerzen, Rückenbeschwerden, Mattigkeit aufgrund von Schlafbeschwerden) ein, als auch Erkrankungen, aufgrund derer man nach eigenem Ermessen zu Hause bleiben sollte.

Innerhalb der Landeshauptstadt wird Präsentismus nicht explizit gemessen. Weder wird erhoben, wie viele Beschäftigte trotz Krankheit in die Arbeit gehen, noch welche Produktivitätsverluste durch gesundheitliche Beschwerden und/oder Krankheiten entstehen. Eine Messung wäre außer durch qualifizierte Schätzung nur durch eine Mitarbeiterbefragung möglich. Hier befindet man sich jedoch im unmittelbaren Konflikt mit dem Persönlichkeitsschutz der Betroffenen.

Mit dem „Präsentismus" wird auf vielfältige Art und Weise umgegangen:

Das städtische Fortbildungsprogramm umfasst eine Vielzahl von Kursen, in denen Führungskräfte über mögliche Belastungsanzeichen bei ihren Beschäftigten informiert werden und, wie man diese Beobachtungen ansprechen und in einen Dialog dazu treten kann, z. B.

- Gesund durch München – Gesundheitsmanagement als Führungsaufgabe
- Gesund führen – sich selbst und andere
- Umgang mit Burnout
- Umgang mit psychischen Auffälligkeiten

Ebenso können in den jährlichen Mitarbeitergesprächen oder dem Führungsdialog etwaiger Präsentismus thematisiert und Regelungen dazu getroffen werden.

Im Rahmen von Projekten zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) werden standardisierte Befragungsinstrumente eingesetzt. Unter anderem werden gesundheitliche Beschwerden erhoben, welche bei den Beschäftigten während oder unmittelbar nach der Arbeit auftreten. Ebenfalls beinhaltet die Befragung, ob sich die Beschäftigten durch eine Erkrankung oder Verletzung bei der Arbeit behindert fühlen. Auf Basis dieser Daten und nachfolgenden Gesundheitszirkeln werden unter Einbeziehung der Beschäftigten Ursachen und Verbesserungsvorschläge eruiert und im Austausch mit den Führungskräften Maßnahmen beschlossen. Durch dieses systematische Vorgehen können eine Vielzahl von passenden arbeitsverhältnis- und verhaltensbezogenen Maßnahmen ergriffen werden.

Der Schwerpunkt des Betrieblichen Gesundheitsmanagements liegt dabei im Bereich der gesundheitsförderlichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen vor Ort (siehe auch Sachstandsbericht BGM, Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 09161). Ergänzend hierzu werden Kurse angeboten, welche die Beschäftigten unterstützen, Beschwerden vorzubeugen oder zu verringern (z.B. Mittagsgymnastik, Stressbewältigungskurse).

Bei individuellen Belastungssituationen können die Beschäftigten die Beratung des Betriebsärztlichen Dienstes und der Psychosozialen Beratungsstelle in Anspruch nehmen.

Durch die Gesamtheit dieser Angebote, die wir regelmäßig stadtweit bewerben, erhoffen wir uns sowohl bei den städtischen Beschäftigten, als auch bei den als Multiplikatoren wirkenden verantwortlichen Führungskräften, eine ausreichende Sensibilität für die Gefahren des sog. „Präsentismus“ und den Umgang damit, zu erzeugen.

Die Beantwortung meiner Anfrage zur möglichen Folge der Neuorganisation in den Jobcentern auf die Wohnungslosigkeit führt zu weiteren Fragen durch die Öffentlichkeit (Abgeordnetenwatch)
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 18.4.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 18.04.2012 führen Sie Folgendes aus:

„Die Beantwortung meiner Anfrage vom 10.01.2011 mit dem Titel ‚Wird die Wohnungslosigkeit durch die neue Organisation im Jobcenter begünstigt?' durch das Sozialreferat (28.12.2011) hat in der Öffentlichkeit weitere Fragen aufgeworfen. Diese wurden an mich über Abgeordnetenwatch gestellt. Der Bitte an das Sozialreferat um die Beantwortung der Fragen wurde nicht stattgegeben. Begründet wurde dies mit rechtlichen Problemen. Da ich selbst nicht legitimiert bin, Fragen an das Sozialreferat für dieses zu beantworten und auf der anderen Seite eine Beantwortung durch das Sozialreferat selbst offensichtlich nicht möglich ist, stelle ich die Fragen der Bürgerin – durch Abgeordnetenwatch übermittelt – wortgleich in einer erneuten Anfrage zum Thema."

Zu Ihrer Anfrage vom 18.04.2012, für deren Beantwortung Sie eine Fristverlängerung bis 15.06.2012 gewährt haben, nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Werden Hilfesuchende aufgrund des „schnell herausgesuchten Stellenangebotes" zur Rücknahme ihres Antrages genötigt?

Antwort:
Die Geschäftsführerin des Jobcenters München nimmt hierzu wie folgt Stellung:

„Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll es den Leistungsberechtigten ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht. Entsprechend dem Leitbild eines aktivierenden Sozialstaates soll das Jobcenter die Eigenverantwortung von Leistungs-berechtigten stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können. Der Gesetzgeber hat deshalb explizit die Hilfen zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit durch Eingliederung in Arbeit vor die Lei-

stungen zur Sicherung des Lebensunterhalts gestellt (vgl. § 1 Abs. 3 SGB II). Diesem gesetzlichen Vorrang kommt das Jobcenter durch das taggleiche Gespräch mit der Integrationsfachkraft nach.
Im Jobcenter München wird mit der Antragstellerin/dem Antragsteller am Tag der Antragstellung ein fundiertes Profiling durchgeführt und seine berufliche Situation besprochen. Nur so kann sichergestellt werden, dass er/sie zeitnah die Hilfen bekommt, die für seine/ihre berufliche und soziale Integration erforderlich sind. Dieser Ansatz ist sehr bürgerorientiert – stehen doch die Bedarfe der Antragstellerin/des Antragstellers im Zentrum des Beratungsgesprächs.
Kommen Integrationsfachkraft und Antragstellerin/Antragsteller am Ende des Erstgesprächs überein, dass es geeignete Stellenangebote gibt und eine Bewerbung Sinn macht, wird der Antragstellerin/dem Antragsteller ein Angebot zur Eingliederung in Arbeit unterbreitet. Diese Angebote können Maßnahmen, aber auch die Aushändigung von Stellenangeboten/ Vermittlungsvorschlägen sein. Dies dient einer schnellen beruflichen, aber auch sozialen Integration. Ziel ist allen leistungsberechtigten Personen, die für sie individuelle notwendige Hilfestellung ohne Leerlaufzeiten zu bieten. Die Integration in Arbeit ist nicht nur Ziel des Jobcenters, sondern auch der leistungsberechtigten Personen, die (vorübergehend) hilfebedürftig im Sinne des SGB II sind.
Für bestimmte Kundengruppen ist ein Sofortangebot nach § 15a SGB II angedacht, um schnellstmöglich eine Aktivierung zur Eingliederung in Arbeit zu gewährleisten.
Des Weiteren können sich Antragstellerinnen/Antragsteller bereits in der Wartezone über vakante Stellen informieren (Selbstinformation)."

Ergeben sich hier Erkenntnisse bzw. Perspektiven für die Antragstellerin bzw. den Antragsteller, kann es sein, dass diese oder dieser den Antrag zurückzieht. Dies kann jedoch auch der Fall sein, wenn sich herausstellt, dass die Voraussetzungen nicht vorliegen (siehe Frage 3).

Frage 2:
Warum wurden bei den Kosten einer Notunterkunft von „pro Person ca. 10.000,00 Euro" nicht alle Nebenkosten offengelegt (ZEW, Sozialpädagogen,...)? Will man hier bewusst die Zahlen verschweigen?

Antwort:
Die Kosten wurden im Sozialausschuss am 09.06.2005 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V 06171) bekannt gegeben. Dabei wurden auch die Personalkosten bis zur Gruppenleiterebene, Sachkosten, kalkulatorische Kosten

und Erträge berücksichtigt. Die detaillierte Darstellung kann der Bekanntgabe entnommen werden.

Frage 3:
Von „886 Personen hatten 207 Personen nach einer Beratung durch die Eingangszone entweder keinen Anspruch oder verzichteten auf SGB II-Leistungen". Da keine Aufschlüsselung erfolgt ist, kann davon ausgegangen werden, dass Bürger von ihrem Leistungsanspruch abgehalten werden?! Wenn kein Anspruch vorliegen sollte, ist dies im Beratungsgespräch festzustellen. Wie „überleben" diese 207 Personen!?

Antwort:
Die Geschäftsführerin des Jobcenters München nimmt hierzu wie folgt Stellung:

„Wesentlicher Bestandteil der Reform des Jobcenters ist die Einrichtung einer Eingangszone. Sie ist u. a. erste Anlaufstelle bei der Antragstellung von Leistungen nach dem SGB II. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Eingangszone prüfen, ob die Leistungsvoraussetzungen dem Grunde nach vorliegen.
Soweit der Lebensunterhalt durch bedarfsdeckendes Einkommen, übersteigendes Vermögen oder vorrangige Ansprüche sichergestellt ist, besteht kein Leistungsanspruch. Ein weiterer Grund für einen fehlenden Leistungsanspruch kann in einem sogenannten ‚Ausschlusstatbestand im Sinne des § 7 SGB II' liegen.
Nicht leistungsberechtigt sind z. B.

- Ausländerinnen/Ausländer in den ersten drei Monaten ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland
- Ausländerinnen/Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt
- Leistungsberechtigte nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz
- Personen, die in einer stationären Einrichtung untergebracht sind
- Personen, die eine Altersrente beziehen
- Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des Berufsausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) oder der §§ 51, 57 und 58 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (Berufsausbildungsbeihilfe) dem Grunde nach förderungsfähig ist

Wird durch die Mitarbeiterin/den Mitarbeiter der Eingangszone im Beratungsgespräch festgestellt, dass ein Ausschlusstatbestand vorliegt, bedarfsdeckendes Einkommen (auch andere Sozialleistung) und/oder übersteigendes Vermögen vorhanden ist, wird die Antragstellerin/der Antragsteller bereits darauf hingewiesen, dass kein Leistungsanspruch besteht. Das ‚Überleben' der hier erwähnten 207 Personen ist demnach in der Regel durch Einkommen und/oder Vermögen sichergestellt.
Durch die Beratung werden die Bürgerinnen/die Bürger nicht vom Leistungsanspruch abgehalten. Die Entscheidung, ob dennoch einen Antrag gestellt werden möchte oder ob auf die Antragstellung verzichtet wird, obliegt der vorsprechenden Person. Entscheidet diese sich für die Antragstellung, werden die Antragsunterlagen ausgehändigt. Nach Vorlage der vollständigen Antragsunterlagen erfolgt dann durch die Leistungssachbearbeitung ein förmlicher Ablehnungsbescheid."

Frage 4:
Welche Unterstützung erhalten die 3.335 (!) Haushalte im SGB II-Bezug mit drohender Wohnungslosigkeit? Sozialwohnungen stehen vermutlich nicht zur Verfügung; auch der freie Wohnungsmarkt mit der niedrigen Mietgrenze bietet keine Alternativwohnung. Wohnen ist ein grundlegender Anspruch der Bürger. Wie sieht hier der DRINGENDE Handlungsbedarf aus? Wie viele Kinder sind davon betroffen?

Antwort:
Vorrangiges Ziel der Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit ist es, den von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalten die Wohnung zu erhalten. Dies kann auch mit finanzieller Unterstützung durch Übernahme der Mietschulden, Gerichts- und Anwaltskosten im Rahmen des § 22 Abs. 8 SGB II erfolgen.
Kann die Wohnung für den Haushalt nicht erhalten werden, vermittelt sie den Haushalt in den für ihn geeigneten und zur Verfügung stehenden Wohnraum. Dies kann eine öffentlich geförderte Wohnung sein oder aber auch eine freifinanzierte Wohnung. Das Jobcenter kann bei der Vermittlung einer freifinanzierten Wohnung die Kaution und die Maklerprovision nach § 22 Abs. 6 SGB II übernehmen. Konnte bis zur Zwangsräumung keine neue Wohnung gefunden werden, wird der Haushalt im akuten Wohnungslosensystem (z.B. Clearinghaus) untergebracht.
Dringender Handlungsbedarf besteht bei der Schaffung und Erhaltung preiswerten Wohnraumes sowie der Bereitschaft von Wohnbaugesellschaften und anderen (privaten) Vermieterinnen und Vermietern, Haushalten, die im Sozialleistungsbezug sind, eine Wohnung zu vermieten.

Die Anzahl der von Wohnungslosigkeit bedrohten Kinder in SGB II-Haushalten liegt derzeit nicht vor. Bei der Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit betrug jedoch der Anteil der Alleinerziehenden und der (Ehe-)Paare mit mindestens einem minderjährigen Kind im Jahr 2011 bei 27,8% aller abgeschlossenen Fälle.

Frage 5:
Werden Mietabsenkungen aufgrund des laufenden Landessozialgerichtsverfahrens zur Mietgrenze zurückgenommen?

Antwort:
Auf Grund des laufenden Verfahrens vor dem Landessozialgericht Bayern werden aktuelle Kostensenkungsverfahren nicht zurückgenommen werden. Der Ausgang des Verfahrens ist noch offen. Mit einer Entscheidung noch im ersten Halbjahr 2012 ist aber zu rechnen.
Es wird des Weiteren davon ausgegangen, dass die festgelegten Richtwerte für die angemessene Kaltmiete korrekt anhand eines schlüssigen Konzepts ermittelt wurden. Daher besteht keine Notwendigkeit, hier abweichende Entscheidungen im laufenden Verwaltungsverfahren zu treffen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 26. Juni 2012

Bedeutung des Fiskalpakts für München
Antrag Stadträte Hans Dieter Kaplan und Alexander Reissl (SPD)

Semesterticket auf den Weg bringen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Nikolaus Gradl, Hans Dieter Kaplan, Andreas Lotte, Alexander Reissl und Claudia Tausend (SPD)

Verbesserung der Qualität des „Arnulfparks“
Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan und Beatrix Zurek (SPD)

Wohnungsbau Leibengerstraße – was wurde den Bürgern und Bürgerinnen versprochen? Wie erklären sich die unterschiedlichsten Aussagen des Planungsreferates?
Anfrage Stadträte Robert Brannekämper und Hans Podiuk (CSU)

Raumkonzept für Schulen
Antrag Stadträtin Beatrix Burkhardt (CSU)

Inklusion im Sport
Antrag Stadtrat Mario Schmidbauer (CSU)

Entschuldigungsgründe für das Fernbleiben von Stadtratssitzungen
Anfrage Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP), Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Ursula Sabathil (Freie Wähler) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Umbau/Neubau Hauptbahnhof München: Dienstbetrieb der Polizeidienststellen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Komische Pinakothek
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Hilferuf des Münchner Kammerorchesters nach Probenräumen
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Schluss mit Finanztricks beim 2. Stammstreckentunnel – frei werdende FMG-Kapitalanteile für Ertüchtigung und Ausbau der Münchner ÖPNV-Infrastruktur heranziehen
Antrag Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

„Wir müssen genau hinschauen…" – Abschlußbericht über die Stadtratsreise zum Thema „Rechtsextremismus" vorlegen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

Hans Dieter Kaplan
Stadtrat

26.06.2012
SPD_-_Antrag_(1)-4.odt

Bedeutung des Fiskalpakts für München

Antrag:

Die Stadtkämmerei wird beauftragt darzustellen, wie sich die Einigung zum Fiskalpakt auf die Stadt München auswirkt. Dabei ist vor allem auf die prognostizierte Entlastung der Kommunen einzugehen, die seit langem von den kommunalen Spitzenverbänden eingefordert wurde.

Begründung:

Der Fiskalpakt hat eine strengere Haushaltsdisziplin zum Ziel. Es sollen ausgeglichene Haushalte angestrebt und strenge Schuldenbremsen eingeführt werden.

Laut aktueller Berichterstattung konnte sich die rot-grüne Opposition im Bund gemeinsam mit den rot-grün regierten Bundesländern gegenüber der Bundesregierung durchsetzen und einen Kompromiss erzielen, der die Kommunen finanziell stark entlasten soll. Sämtliche kommunale Spitzenverbände haben sich bereits im Vorfeld dafür eingesetzt, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben nicht allein von den Kommunen, sondern vom Bund getragen werden.

So sollen die Kommunen beim Ausbau der Kindertagesstätten unterstützt werden und die Eingliederungshilfe für Behinderte soll vom Bund übernommen werden. Außerdem sicherte der Bund zu, vorerst alle Strafzahlungen bei zu hoher Verschuldung von Kommunen zu übernehmen.

gez.
Alexander Reissl
Stadtrat

gez.
Hans Dieter Kaplan
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

Hans Dieter Kaplan
Stadtrat

Claudia Tausend
Stadträtin

Verena Dietl
Stadträtin

Nikolaus Gradl
Stadtrat

Andreas Lotte
Stadtrat

26.06.2012
SPD_-_Antrag_(1)-5.odt

Semesterticket auf den Weg bringen

Antrag:
Die Stadt München befürwortet die Einführung eines Semestertickets, wie es durch den AK Mobilität der Studentischen Vertretungen der drei großen Münchner Hochschulen vorgeschlagen wird. Eine Urabstimmung der Studierenden soll deshalb noch im Wintersemester 2012/2013 stattfinden.

Die Stadt München übernimmt – zeitlich befristet für einen zweijährigen Probezeitraum – den Ausgleich eines eventuellen Defizits beim MVV, das dann zustande kommt, wenn weniger als 62% der Studierenden das „Aufpreis"-Ticket nutzen. Für den MVV ist die Einführung des Semestertickets damit kostenneutral.

Begründung:
Durch die Kürzungen des Freistaats Bayern im Ausbildungstarif ist dieser in den letzten Jahren stark angestiegen. Für die Studenten wirkt sich das, zusammen mit der Verlagerung von Teilen der Hochschulen an Standorte außerhalb der Stadt, finanziell negativ aus. Viele Städte haben deshalb bereits Semestertickets eingeführt.

Beim Konzept der Studierendenvertretung müssen alle Studentinnen und Studenten einen Sockelbetrag entrichten, der zur Fahrt in den Abendstunden und am Wochenende im gesamten MVV-Bereich berechtigt. Dazu kann ein „Aufpreis"-Ticket erworben werden, welches zur Nutzung des gesamten MVV-Bereichs ohne zeitliche Einschränkung berechtigt.
Ohne die Zusage eines Defizitausgleichs seitens der Stadt - in der Einführungsphase - ist das Konzept nicht durchführbar.

Alexander Reissl
Stadtrat

Hans Dieter Kaplan
Stadtrat

Claudia Tausend
Stadträtin

Verena Dietl
Stadträtin

Nikolaus Gradl
Stadtrat

Andreas Lotte
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Hans-Dieter Kaplan
Beatrix Zurek
Stadtratsmitglieder

München, den 23.03.2012

Verbesserung der Qualität des „Arnulfparks“

Antrag

Das Baureferat erarbeitet gemeinsam mit dem Bezirksausschuss in Abstimmung mit dem betroffenen Architekturbüro unter Einbeziehung der Anregungen der Anwohner ein Konzept zur Verbesserung der Qualität des Arnulfparks. Insbesondere ist der Spielplatz für die unterschiedlichen Altersgruppen besser auszustatten, für eine angemessene Beschattung ist zu sorgen, eine Lösung für die derzeitige unbefriedigende Situation der Baumbepflanzung ist herbeizuführen.

Begründung:

Ohne das Konzept des Arnulfparks in Frage stellen zu wollen, müssen wir heute leider feststellen, dass der Arnulfpark sich nicht in allen Punkten so entwickelt hat, wie man erwarten durfte. Vor allem die Qualität der Bäume (Gleditschien) nach vielen Jahren ist völlig unbefriedigend. „Die Ausweisung einer großzügigen Spielfläche in der Mitte des Parks“ hat das Preisgericht – unseres Erachtens zu recht - vor acht Jahren positiv gesehen. Aber der Mangel an Schatten und eine z.T. unglückliche Auswahl an Spielgeräten haben eine mangelhafte Akzeptanz zur Folge und führen zu heftigen Proteste vor Ort. Heute muss hier nach gesteuert werden,damit die Qualitäten, die man erwarten durfte und erwarten kann, nachträglich realisiert werden.

gez.
Hans-Dieter Kaplan
Stadtrat

gez.
Beatrix Zurek
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Hans Podiuk
Stadtrat
Robert Brannekämper

ANFRAGE
26.06.2012

Wohnungsbau Leibengerstraße – was wurde den Bürgern und Bürgerinnen versprochen? Wie erklären sich die unterschiedlichsten Aussagen des Planungsreferates?

2007 hat der Stadtrat beschlossen, östlich der neuen Grundschule an der Leibengerstraße Wohnbebauung zu prüfen.

Im Juni 2011 wurde der Bevölkerung im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung das Ergebnis der Prüfungen vorgelegt: ein Plan, der 16 Reihenhäuser darstellt. In den dazugehörigen Erläuterungen war von „Wohnbebauung mit Reihenhauscharakter“ die Rede. Dem BA 15 gegenüber sprach das Planungsreferat sogar ganz deutlich von „verdichteter Einfamilienhausbebauung in Form von Reihenhäusern“.

Im nun dem Stadtrat vorgelegten Billigungsbeschluss ist diese Reihenhauscharakterisierung entfallen. Sowohl der Plan als auch die Begründung lassen völlig offen, welche Form des Wohnens realisiert werden wird.

Bezüglich der Förderquote sprach das Planungsreferat dem Bezirksausschuss gegenüber im April 2011 von einem 30-Prozent-Anteil: „...dass ein Anteil von 20% des neugeschaffenen Wohnbaurechts als kostengünstiger Mietwohnungsbau nach dem Fördermodell der EOF zu realisieren ist. Ein weiterer Anteil von 10% ist als geförderter Miet- oder Eigentumswohnungsbau für mittlere Einkommensgruppen nach dem München Modell zu realisieren“.

Laut Billigungsbeschluss soll nun eine Förderquote von 50 % realisiert werden, da es sich um ein städtisches Grundstück handelt.

Daher frage ich:

1. Warum wurde der Reihenhauscharakter, der vom Planungsreferat in der Öffentlich-

keitsbeteiligung und vor allem in seinen Schreiben deutlich kommuniziert wurde, aufgegeben?

2. Der jetzige Bebauungsplan trifft keine Festlegung zur Art der Bebauung. Theoretisch könnten also immer noch Reihenhäuser (es würde sich dem ersten Plan zufolge um ca. 16 Häuser handeln) gebaut werden. Für wie realistisch hält es das Planungsreferat, dass bei einer Förderquote von 50 Prozent (30% für den geförderten Mietwohnungsbau EOF und 20 % für das München Modell – Eigentum, Miete oder Genossenschaft) eine Reihenhausbebauung (oder Bebauung mit Reihenhauscharakter) wirtschaftlich darstellbar ist?

3. Wie oft konnte in München geförderter Wohnungsbau in Form von Reihenhäusern realisiert werden? Wie viel davon entfiel auf geförderten Mietwohnungsbau?

4. Warum wurde 2011 eine Förderquote von 30 Prozent kommuniziert, wenn es sich doch um ein städtisches Grundstück handelt, für das der Stadtrat eine 50%-Quote festgelegt hat.

gez.
Hans Podiuk
Stadtrat

gez.
Robert Brannekämper
Stadtrat

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Beatrix Burkhardt

ANTRAG
26.06.2012

Raumkonzept für Schulen

Wiederholt ist in der Presse vom Raumkonzept des RBS zu lesen. Neue räumliche Strukturen in den Schulen sollen eine Neugestaltung des pädagogischen Ablaufs ermöglichen.
Bisweilen tauchen einzelne Fragmente dieses Konzepts auch in einzelnen Stadtratsvorlagen auf, die Gesamtdarstellung dieses „neuen Raumkonzepts“ ist so aber leider nicht erkennbar.

Ich beantrage deshalb:

Dem Stadtrat wir das Gesamtkonzept des RBS hinsichtlich der neuen Struktur der „Lernhäuser“ dargestellt.

Hierbei sind auch folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie kann dieses Konzept bei den sich in der Planung befindlichen Strukturen noch umgesetzt werden (s. Truderinger Gymnasium)?

2. Wie kann dieses Projekt an bereits bestehenden Schulen umgesetzt werden?

3. Welcher Zeitaufwand ist dabei zu erwarten? Mit welcher zeitlichen Verzögerung ist eventuell bei bereits dringend benötigten Schulbauten u.a. in Neubaugebieten zu rechnen?

4. Welche finanziellen Auswirkungen hat dieses Konzept auf diese beiden Sachverhalte?

5. Inwiefern sind das Kultusministerium, die Regierung von Oberbayern und das staatliche Schulamt in die Planungen miteinbezogen, insbesondere hinsichtlich der Überlegung, Pausenhallen in Schulen und Lehrerzimmer aufzugeben?

6. Welche Auswirkungen hat dieses Konzept auf die bereits bestehenden und geplanten Tagesheimeinrichtungen, sowohl in planerischer als auch in finanzieller Hinsicht (Föderrichtlinien des Freistaats)?

gez.
Beatrix Burkhardt
Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Mario Schmidbauer

ANTRAG
26.06.2012

Inklusion im Sport

Das Sportamt erstellt umgehend ein Gesamtkonzept zum Thema Inklusion im Sport und führt einen Grundsatzbeschluss herbei.

Begründung:
Der Antrag Nr. 08-14/A03142 der CSU-Stadtratsfraktion „Inklusion im Sport erleben“ zur Errichtung eines Kunstrasenminispielfeldes auf der städtischen Bezirkssportanlage Kronwinkler Straße 25 wurde mit der Begründung abgelehnt, dass ein Grundsatzbeschluss für ein Konzept zum Thema Inklusion im Sport fehlt.

gez.
Mario Schmidbauer
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Ausschussgemeinschaft

ÖDP – Freie Wähler – Bayernpartei

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 25. Juni 2012

ANFRAGE

Entschuldigungsgründe für das Fernbleiben von Stadtratssitzungen

Dass Erkrankungen ein hinreichender Grund sind, sich von Sitzungen des Stadtrates der LH München zu entschuldigen, ist selbstverständlich. Nicht ganz so selbstverständlich erscheint es, dass „Informationsreisen“ zur privaten oder durch die Partei bedingten Fortbildung, wie der jüngste USA-Aufenthalt des CSU-Fraktionsvorsitzenden Josef Schmid, auch als Entschuldigung herhalten können, um diesen Sitzungen fern zu bleiben.

Daher frage ich den Herrn Oberbürgermeister:

1. Welche triftigen Gründe müssen zutreffen, um sich ordnungsgemäß von Vollversammlungen des Stadtrates der LH München zu entschuldigen?
2. Wo sind diese Entschuldigungsgründe niedergelegt?
3. Wie müssen diese „triftigen Gründe“ ggf. belegt oder nachvollziehbar dargelegt werden?

Tobias Ruff ehrenamtlicher Stadtrat ÖDP	Johann Altmann u. Ursula Sabathil ehrenamtliche Stadträte Freie Wähler	Richard Progl ehrenamtlicher Stadtrat Bayernpartei

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Johann Altmann
Ursula Sabathil

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
ursula.sabathil@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

München, 25. Juni 2012

ANTRAG

Umbau/Neubau Hauptbahnhof München: Dienstbetrieb der Polizeidienststellen

Ausgehend von den Plänen zum Um- bzw. Neubau des Hauptbahnhof München fordert der Stadtrat der LH München eine umfassende Unterrichtung wie die polizeiliche Präsenz aufrecht erhalten und künftig gestaltet wird. Dabei ist ausführlich darzulegen:

1. Wie kann der tägliche Dienstbetrieb der dort bislang untergebrachten Polizeidienststellen von Land und Bund während der Bauphase aufrecht erhalten werden?
2. Wie ist nach Abschluss des Um- bzw. Neubaus die endgültige Unterbringung vorgesehen?

Begründung:

In den derzeitigen Bahnhofsgebäuden sind sowohl die Polizeiinspektion 16 als auch eine Wache der Bundespolizei untergebracht, die dort Anlaufstation für vielfältige Aufgaben in und um den Bahnhofsbetrieb sind und die umfangreiche Infrastruktur abdecken.

Es muss auch im Interesse der LH München sein, dass während einer längeren Bauphase an einem der größten Bahnhöfe Deutschlands und einem zentralen Verkehrsknoten der Landeshauptstadt München eine sichtbare Präsenz entsprechender Polizeieinrichtungen vorhanden ist, aber auch für die Beschäftigten zumutbare Arbeitsverhältnisse gewährleistet werden.

gez. gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Ursula Sabathil
Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: ursula.sabathil@muenchen.de
johann.altmann@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 25. Juni 2012

ANTRAG

Komische Pinakothek

Dem Stadtrat wird dargestellt, ob und an welchem Ort die Idee einer „Komischen Pinakothek“ umgesetzt werden könnte.

Begründung:

In der Presse war zu lesen, daß der Förderverein „Komische Pinakothek“ eine feste Heimat für Humoristen sucht. Schon jetzt organisiert der Verein immer wieder Ausstellungen an unterschiedlichen Orten, z.Z. etwa „Die besten Cartoons, die der 'New Yorker“ nie druckte.

Das Valentin-Karlstadt-Musäum könnte sich vorstellen, diese Heimat anbieten zu können, wenn einige bauliche Veränderungen vorgenommen würden. Es ist ein berückender Gedanke, neben den großen Humoristen Liesl Karlstadt und Karl Valentin auch andere humoristische Kunst von Carl Spitzweg, über den Simplicissimus bis Haitzinger, Hanitzsch, Loriot u.v.a. sehen zu können.

Da München ja nicht nur die Weltstadt mit Herz ist, sondern auch für Humor einen ausgeprägten Sinn hat, hätte es großen Charme, dem Wunsch des Vereins nachzukommen und eine Bleibe anzubieten.

gez.

Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin

gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Ursula Sabathil
Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
ursula.sabathil@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 25. Juni 2012

ANFRAGE

Hilferuf des Münchner Kammerorchesters nach Probenräumen

Einem jüngsten Pressebericht zufolge sucht das MKO geeignete Probenräume, um seine Existenz langfristig zu sichern. Ein weiterer Verbleib im Amerika-Haus wurde bereits im März 2012 durch die Bayerische Staatskanzlei ablehnend beschieden. Dies ist eine weitere negative Auswirkung des Beschlusses der Bayer. Staatsregierung, vor allem jedoch des Bayerischen Ministerpräsidenten, das BAZ (Bayerisch Amerikanisches Zentrum) zu Gunsten der Acatech aufzugeben, obwohl die Acatech laut eigenen Berichten nicht unbedingt auf das Amerika-Haus fixiert ist. Es stellt sich die Frage, ob nach dem „Aus“ des BAZ auch das „Aus“ für das Münchner Kammerorchester wegen fehlender Probenräume kommt.

Daher fragen wir den Herrn Oberbürgermeister:

1. Welche Möglichkeiten wurden bereits durch die Förderer erörtert, um für das Münchner Kammerorchester die fehlenden Probenräume bereitzustellen?

2. Welche Möglichkeiten sieht die Landeshauptstadt München bezüglich der gleichen Problematik, sofern die beiden anderen Förderer (Freistaat und Bezirk) sich nicht beteiligen wollen?

gez.
Ursula Sabathil
e.a. Stadträtin LH München

gez.
Johann Altmann
e.a. Stadtrat LH München

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Johann Altmann

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de

E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

München, 25. Juni 2012

ANTRAG

Schluss mit Finanztricks beim 2. Stammstreckentunnel – frei werdende FMG-Kapitalanteile für Ertüchtigung und Ausbau der Münchner ÖPNV-Infrastruktur heranziehen

Der Stadtrat der LH München möge beschließen:

Möglicherweise nach dem Bürgerentscheid frei werdende Kapitalanteile bzw. nicht mehr benötigte Darlehen der LH München an die FMG werden umgehend für die Ertüchtigung und den Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur, für die die LH München zuständig ist, herangezogen.

1. Dem Stadtrat ist darzulegen, welche Finanzmittel (Darlehen oder Kapitaleinlagen) und in welcher Größenordnung aus den Anteilen der LH München an der FMG nach dem Bürgerentscheid frei werden oder frei werden könnten.
2. Desweiteren ist in diesem Zusammenhang eine Übersicht aller bereits bekannten, dringend notwendigen Ertüchtigungs- bzw. Ausbaumaßnahmen im ÖPNV der LH München dem Stadtrat vorzulegen.
3. Insbesondere zu prüfen sind hierbei, inwieweit Ausbaumaßnahmen bzw. Untertunnelungen im Bereich Englschalking/Daglfing und an den Bahnübergängen in Feldmoching/Fasanerie daraus zumindest teilfinanziert werden könnten.
4. Zu klären ist außerdem, welche Kosten aufgeschlüsselt nach teilweisen Ertüchtigungsmaßnahmen bis hin zum Vollausbau des S-Bahn-Südring von der LH München zu tragen wären.

Begründung:

Nach dem negativen Bürgerentscheid zur dritten Startbahn gibt es sowohl bei der Bayerischen Staatsregierung als auch offenbar im Rathaus der Landeshauptstadt München Überlegungen

...

möglicherweise frei werdende Finanzmittel der Flughafengesellschaft für den Bau eines zweiten Stammstreckentunnel heranzuziehen.

Jeglichen neuen finanztaktischen Spielereien auf Kosten der Steuerzahler und Fahrgäste ist ebenso eine Absage zu erteilen wie auch Überlegungen, die Finanzierung des S-Bahn-Ausbaus nun zum Teil aus frei werdenden Kapitalanteilen Münchens an der Flughafengesellschaft zu finanzieren. Die Finanzierung der S-Bahn-Infrastruktur ist eindeutig Sache des Freistaats und der DB-AG. Hier mit Tricks doch Hintertürchen zu schaffen, ist ein völlig untauglicher Versuch, diesen eigentlich unfinanzierbaren Milliarden-Euro teuren Tunnel gegen alle Widerstände doch zu bauen.

Die Infrastruktur der S-Bahn pfeift in zahlreichen Bereichen aus dem letzten Loch. Es kann und darf jedoch nicht sein, dass in Zeiten knapper Kassen ausgerechnet ein verkehrstechnisch wenig sinnvolles Prestigeprojekt wie der zweite Stammstreckentunnel mit aller Macht durchgedrückt werden soll, nur weil einige Spitzenpolitiker wie Ministerpräsident Seehofer und Oberbürgermeister Ude sich einst darauf festgelegt hatten.

Ich fordere daher in einem aktuellen Antrag an die Stadt, frei werdende Kapitalanteile des Flughafens gezielt für Maßnahmen zu verwenden, für deren Finanzierung auch die Stadt München zuständig ist. Als Beispiele verweise ich nur auf die seit langem dringend benötigte Untertunnelungen in Bereichen wie Englschalking/Daglfing oder auch die Bahn-Übergänge in Feldmoching/Fasanerie. Außerdem müsste die Stadt bei einem Ausbau des S-Bahn-Südring in einigen Bereichen, etwa bei Unterführungen, bestimmte Kosten selbst übernehmen, die auch aus diesen Kapital-Rückstellungen bezahlt werden könnten.

gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
26.06.2012

„Wir müssen genau hinschauen...“ – Abschlußbericht über die Stadtratsreise zum Thema „Rechtsextremismus“ vorlegen!

Ich beantrage:

Die Stadt legt einen Abschlußbericht über die „Stadtratsreise“ zum Thema „Rechtsextremismus/Rechtspopulismus“ im Juni 2012 vor und dokumentiert darin inbesondere:

- Namen und Funktionen der 26 Teilnehmer;
- Reiseverlauf und kontaktierte/besuchte Gremien und Veranstaltungen in Berlin und Köln;
- entstandene Kosten der Reise (auch die den beteiligten Staatsministerien und Landtagsfraktionen des Freistaats Bayern entstandenen);
- ggf. von der Reisedelegation eingebrachte Fachvorträge und substantielle Diskussionsbeiträge;
- den etwaigen fachlichen Ertrag der Reise sowie weitere Erkenntnisse, die die Reisedelegation in Köln und Berlin ggf. gewinnen konnte.

Begründung:

In seiner Vollversammlung am 29.02.2012 beschloß der Stadtrat – gegen die Stimme der BIA – die Durchführung einer „Stadtratsreise 2012 zum Thema Rechtsextremismus / Rechtspopulismus“ nach Köln und Berlin. Als Reisezeitraum wurde in der Sitzungsvorlage (Nr. 08-14 / V 0871) der Zeitraum vom 18. bis 20.06.2012 ins Auge gefaßt. Zweck der Reise solle es sein, „interessante Strategien gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus kennenzulernen, sich mit Gesprächspartnern auszutauschen und Münchner Ansätze in die bundesweite Diskussion einzubringen. Im Zuge der Reise werden zahlreiche Diskussionsrunden und Veranstaltungen in Berlin und Köln stattfinden.“

Einem Beitrag der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 25.06.) war nun zu entnehmen, daß die Delegation nach erfolgreicher Durchführung der Reise wieder

b.w.

wohlbehalten in die LHM zurückgekehrt ist und, ungleich wichtiger, im Rahmen der absolvierten „zahlreichen Diskussionsrunden und Veranstaltungen“ offenbar eine schiere Fülle von Anregungen mit nach Hause nehmen konnte. So war – laut SZ – etwa in Köln zu erfahren, daß den örtlichen rechten Ratsmitgliedern „nicht einmal die Hand zum Gruß“ gereicht werde; für die Münchner Reisegruppe Grund genug, ihrerseits „den eigenen Umgang mit einem Neonazi in den Reihen des Stadtrats auf den Prüfstand [zu] stellen“ (ebd.).

Angesichts derart gewichtiger Erträge der „Stadtratsreise 2012“ wäre es allerdings Tiefstapelei, die in Köln und Berlin gewonnenen Erkenntnisse und Informationen, wie bisher geschehen, nur über die Lokalpresse der Öffentlichkeit mitzuteilen. Immerhin zitiert die SZ Herrn Kollegen Offman mit der Ankündigung eines nachgerade epochalen Strategiewechsels gegen „Rechts“: „Wir müssen genau hinschauen und Konsequenzen ziehen.“

Mit ähnlich substantiellen Beiträgen (FDP-Kollege Mattar: „Wir müssen uns weiter auf eine gemeinsame Linie verständigen“) meldeten sich laut SZ auch andere Mitglieder der Münchner Delegation zu Wort.

Hier kann die Münchner Zivilgesellschaft ein essentielles Interesse geltend machen, mehr zu erfahren. Nach Lage der Dinge eignet sich dazu am besten ein Abschlußbericht, wie er etwa im März zur vergleichbaren „Informationsreise des Stadtentwässerungsausschusses nach Straßburg und Brüssel zu europäischen Institutionen, Gremien und kommunalen Interessenvertretungen“ (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 08571) vorgelegt wurde – wobei dem künftigen Vorgehen gegen „Rechtsextremismus/Rechtspopulismus“ in der LHM natürlich ungleich höhere Priorität zukommt.

Nicht zuletzt wird die Öffentlichkeit interessieren, mit Steuergeldern in welcher Höhe sie das Kennenlernen „interessanter Strategien“ in Köln und Berlin finanzieren durfte.

Karl Richter
Stadtrat